



Håkan A. Bengtsson

Nordische Erfahrungen

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Politik in Schweden

■ Die inzwischen 120 Jahre währende Zusammenarbeit von schwedischen Sozialdemokraten (SAP) und dem schwedischen Gewerkschaftsbund (LO) ist ein wesentlicher Bestandteil der organisatorischen Struktur der Arbeiterbewegung und ein Kernstück der politischen Logik in Schweden. Allerdings stellt sich die Frage, wie sie in der Zukunft aussehen wird.

■ Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren SAP und LO organisatorisch und personell eng verbunden. Die enge Zusammenarbeit zwischen SAP und LO bewirkte, dass die Arbeiterbewegung spätestens mit dem Wahlsieg der SAP 1932 eine hegemoniale Rolle in der schwedischen Politik einnehmen und im 20. Jahrhundert ein formatives Moment für das schwedische Modell und die schwedische Gesellschaftsorganisation werden konnte.

■ Die Konsequenzen einer durch konservative Wahlsiege herbeigeführte Schwächung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind gegenwärtig unabsehbar. Für die zukünftige Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gibt es verschiedene Szenarien, die von einer parteipolitisch neutralen LO bis zu einer Fortsetzung der engen Zusammenarbeit reichen.

NOVEMBER 2008

Inhalt

1	Geschichtlicher Hintergrund	3
2	Organisatorische Formen der Zusammenarbeit	4
2.1	Vom Zwangsanschluss zum Kollektivanschluss	4
2.2	Die Abschaffung des Kollektivanschlusses	6
3	Politische und gewerkschaftliche Dimensionen der Zusammenarbeit	7
3.1	Die Entwicklung bis 1932	7
3.2	Das schwedische Modell	8
3.3	Das Rehn-Meidner-Modell	9
3.4	Risse in der Zusammenarbeit.....	10
3.5	Von der Krise zu erneuerter Zusammenarbeit.....	12
4	Gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert	13
5	Abschließende Diskussion	14
	Literatur	15

1 Geschichtlicher Hintergrund

Schwedische Sozialdemokraten (Sveriges socialdemokratiska arbetareparti, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens – SAP) und der schwedische Gewerkschaftsbund (Landsorganisationen – LO) beschreiben ihr Verhältnis selbst als das zweier Äste desselben Baums. Die Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Partei ist in Schweden ein wesentlicher Bestandteil der organisatorischen Struktur der Arbeiterbewegung und ein Kernstück der politischen Logik. Diese Zusammenarbeit währt inzwischen 120 Jahre, hat sich jedoch in diesem Zeitraum verändert. Nun stellt sich die Frage, wie sie in der Zukunft aussehen wird – und ob sie überhaupt eine Überlebenschance hat. Schließlich haben sich in anderen Ländern die formellen Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften immer mehr gelockert und in manchen Fällen sogar ganz gelöst.

Diese Zusammenarbeit basiert in hohem Grad auf einer gemeinsamen Identität von Gewerkschaft und sozialdemokratischer Partei: Beide repräsentieren und repräsentieren die Arbeiter in der Politik und auf dem Arbeitsmarkt, beide treten für Klasseninteressen ein. Zwar traten die Sozialdemokraten Anfang der 1930er Jahre staatstragend auf und verwandten Begriffe wie den der Klassenzugehörigkeit nicht mehr, sondern sprachen allgemeiner über die Interessen der Bevölkerung und der kleinen Leute. Trotzdem bildeten Klassenidentifikation und -organisation für die Sozialdemokratie – wie für die anderen Parteien auch – die Grundlage einer Mobilisierungsstruktur, aus der sich weitere Bündnisse mit »einfachen Leuten«, Bauern und Beamten formen konnten.

Zu bedenken ist auch, dass die Arbeiterbewegung in Schweden im Wesentlichen auf lokaler Ebene heranwuchs, bevor sich die zentralen Organisationen auf nationaler Ebene bildeten. In den größeren und kleineren Städten und Orten Schwedens hatten sich bereits Ende der 1840er Jahre gewerkschaftliche Organisationen gebildet, die LO wurde erst 1898 gegründet. In den 1880er Jahren war die Gesellenwanderung von August Palm für die sozialdemokratische Partei eine wichtige Inspirationsquelle. Seine Rede in Malmö, »Was wollen die Sozialdemokraten«, leitete eine umfassende Agitation ein, die in der Gründung der SAP im Jahr 1889 mündete.

Diese lokale Verwurzelung führte dazu, dass sich die Organisationsstrukturen von Ort zu Ort unterschieden. Mancherorts waren Gewerkschaft und

Partei organisatorisch und personell größtenteils identisch. An anderen Orten gab es Organisationsformen, die die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen koordinierten und gleichzeitig als Parteiorganisation dienten. In wieder anderen Orten blieben Gewerkschaft und Partei deutlich getrennter.

Dass sich gerade die gewerkschaftlichen Strukturen auf lokaler Ebene früh ausbildeten, bedeutete auch, dass gewerkschaftliche Organisationen bei der Gründung der sozialdemokratischen Partei in den 1880er Jahren eine wichtige Rolle spielten. So waren bei der formellen nationalen Parteigründung 1889 in einem Lokal in der Stockholmer Tunnelgatan (heute Olof Palmes gata) überwiegend Vertreter der Gewerkschaftsverbände anwesend. Die Gewerkschaften waren also in hohem Maß in die Bildung der Sozialdemokratie einbezogen, ja konstitutiv an der Entstehung der sozialdemokratischen Partei beteiligt.

Bei ihrer Gründung war die sozialdemokratische Partei noch eine sehr schwache und fragile Organisation. Die Entscheidung des konstituierenden Kongresses für eine dezentrale Organisation mit drei verhältnismäßig autonomen Parteibezirken (etablierte Organisationen befanden sich in Stockholm, Göteborg und Malmö) speiste sich aus einem Misstrauen gegenüber dem zentralisierten Parteimodell und aus einem Machtkampf zwischen den Vertretern der verschiedenen Städte.

Die schwedische Sozialdemokratie zeichnete sich nach Gullan Gidblad dadurch aus, dass »die für eine Massenpartei charakteristische hierarchische Organisationsstruktur nicht die schwedische Arbeiterpartei in den ersten Jahren prägen sollte.« Es habe sich anfangs nicht das deutsche Vorbild durchsetzen können, vielmehr bestanden Ähnlichkeiten mit der eher dezentralisierten Struktur der österreichischen Arbeiterbewegung. Die Struktur der SAP sei in der Gründungsphase auf die Mobilisierung ausgerichtet gewesen – auf Kosten eines stärkeren Zusammenhalts.

Doch bereits 1894 wurde die zentrale Parteiorganisation durch die Benennung eines Parteivorstands mit beschließender Funktion gestärkt, die Mitglieder aus Stockholm sollten den geschäftsführenden Vorstand bilden. Und 1907, als Hjalmar Branting »Hauptmann« der schwedischen Sozialdemokratie wurde, benannte die SAP auch formell einen Parteiführer. Nach und nach entwickelte sich eine rein politische Organisation, mit Schwesterorganisationen wie Jugend- und Frauenclubs, die später eigene Verbände bildeten und damit eine deutliche Trennlinie gegenüber den Gewerkschafts-

Håkan A. Bengtsson ist Geschäftsführer der ARENA-gruppe in Schweden.

organisationen darstellten. Vor allem durch die SSU (Sveriges Socialdemokratiska Ungdomsförbundet – Jungsozialisten) erhielt die Sozialdemokratie später eine rein politische Rekrutierungsschule, auch wenn viele SSU-Mitglieder gewerkschaftlich aktiv waren. Mit der Gründung des LO 1898 wurde diese Teilung auf nationaler Ebene bestätigt.

Parallel zur Ausbildung einer zentralen Organisation begannen sich vor Ort politische Basisorganisationen in Form von Arbeiterkommunen mit demokratischer Praxis als Alternative zu den noch nicht demokratischen konservativen Kommunen heranzubilden. Bereits 1911 konnte der Parteivorstand auf 427 Arbeiterkommunen verweisen.

In den Arbeiterkommunen waren die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei sowohl organisatorisch als auch durch eine Reihe von persönlichen Banden sehr eng. Gullan Gidblad stellt fest, dass manche der frühen Arbeiterkommunen »[...]auf Initiative der häufig zahlreichen sozialistischen Gewerkschaften eines Ortes gegründet [wurden], die ein Bedürfnis nach gewerkschaftlicher und politischer Koordinierung hatten. Mehrere waren in der Praxis örtliche gewerkschaftliche Zentralorganisationen, Vorgänger der LO-Abteilungen/LO-Bezirke. [...] Die Überlebensfähigkeit der Organisationen war vielerorts schwach und gewerkschaftliche wie politische Vereine konnten verschwinden und nach einem Jahr unter neuem Namen und mit Hilfe von Initiatoren wieder auferstehen.«

2 Organisatorische Formen der Zusammenarbeit

Um die Jahrhundertwende wurde die sozialdemokratische Partei also hauptsächlich von Menschen geformt, die entweder ihre Wurzeln in den Gewerkschaften hatten oder dort aktiv waren. Die organisatorischen Bande waren stark ausgeprägt, in beiden Organisationen herrschte zudem die Meinung vor, dass man einander unterstützen sollte – und dass Gewerkschaftsmitglieder auch Parteimitglieder sein sollten.

Obwohl die Überschneidungen groß waren und keine scharfen Trennlinien existierten, hatte sich eine Art Arbeitsteilung herausgebildet: Die LO legte den Schwerpunkt auf die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden, um Verbesserungen der Bedingungen am Arbeitsplatz, höhere Löhne und – im weitesten Sinne – mehr Einfluss auf die Produktion durchsetzen zu können. Die Sozialdemokratie strebte als

politische Partei nach Wählermaximierung und parlamentarischer Macht. Ihre Aufgabe war der Aufbau der Parteiorganisation und der Kampf für das allgemeine Wahlrecht aller Bürger, um mittelfristig die Eroberung der politischen Macht und die Verwirklichung der politischen Ziele der Arbeiterbewegung zu ermöglichen. Ein kollektiver Anschluss an die Partei galt als Voraussetzung für die politische Stärke: Die Vorstellung einer »Partei der Massen« war ein selbstverständlicher Ausgangspunkt für die Sozialdemokratie in Schweden.

Nach der Aufteilung in SAP und LO und der Ausbildung zweier eigenständiger Organisationen musste die Frage nach der Form der Zusammenarbeit daher dringend gelöst werden.

2.1 Vom Zwangsanschluss zum Kollektivanschluss

Das Problem, die Zusammenarbeit der beiden Organisationen zu klären, wurde mit der auf dem Kongress 1898 beschlossenen obligatorischen Mitgliedschaft (d.h. dem Zwangsanschluss) aller Gewerkschaftsmitglieder in der SAP gelöst. Dieser Beschluss wurde mit 175 zu 83 Stimmen gefasst und bedeutete, dass sich eine Gewerkschaft spätestens drei Jahre nach dem LO-Beitritt auch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anschließen hatte. Andernfalls würde die Gewerkschaft aus der LO wieder ausgeschlossen. Die Enge der Beziehungen spiegelte sich auch in dem Kongressbeschluss, nach dem zwei von fünf Mitgliedern des LO-Vorstands von der SAP benannt werden sollten.

Die SAP war mit dem Beschluss zufrieden und stellte in einer öffentlichen Erklärung die breite Akzeptanz der Zwangsmitgliedschaft durch Gewerkschaftsmitglieder heraus: »Nirgendwo ist der sogenannte Zwangsanschluss an die Partei auf nennenswerten Widerstand bei den Arbeitern gestoßen. Unter dem roten Banner des Sozialismus vereinen sich einfach und natürlich die Scharen, so wie sie sich in die Führung der Organisation einreihen.« Tatsächlich gab es aber innerhalb der Führungsriege der LO – und auch innerhalb der SAP – einigen Widerstand gegen die obligatorische Mitgliedschaft und eine allzu enge Verflechtung beider Organisationen. Hjalmar Branting und Fredrik Sterky (letzterer wurde zum ersten LO-Vorsitzenden gewählt, obwohl er selbst kein Arbeiter war) unterstützten das Modell. Doch Brantings Widersacher in Malmö, Axel Danielsson, verglich die Zwangsmitgliedschaft der Gewerkschaften in der SAP mit

derjenigen aller Bürger in der Staatskirche. Er warnte auch davor, dass sich manche Einzelgewerkschaften aus Protest gegen den Zwangsanschluss völlig vom LO-Gewerkschaftsbund fernhalten könnten, eine Befürchtung, die sich zumindest zum Teil als zutreffend erwies, denn die Mitgliederentwicklung der LO war in den ersten Jahren schwach.

Bereits 1890 hob die LO auf ihrem Kongress die Zwangsmitgliedschaft auf und führte stattdessen ein flexibleres Modell ein, den so genannten Kollektivanschluss. Dieser Kollektivanschluss war freiwillig, die LO legte sämtlichen Gewerkschaften den Anschluss an die SAP lediglich nahe. Allerdings wurde der gesamte Beschlussmechanismus von der zentralen auf die örtliche Ebene verlagert: Die gewerkschaftlichen Organisationen vor Ort sollten also über eine Mitgliedschaft in der örtlichen Arbeiterkommune und damit einen Eintritt in die Partei beschließen, nicht die Einzelgewerkschaften auf zentraler Ebene. 1908 wurde ferner das »Vorbehaltsrecht« eingeräumt, nach dem Einzelmitglieder einer Gewerkschaft das Recht hatten, der Partei nicht angehören zu müssen.

Trotz dieser Neuregelung blieb die Verbindung von SAP und LO in der Praxis sehr eng – viele Gewerkschafter machten von dem Vorbehaltsrecht keinen Gebrauch oder waren sich nicht einmal bewusst, dass sie als sozialdemokratische Parteimitglieder geführt wurden. Das Kollektivanschlussmodell bestand 100 Jahre und prägte die politische Bühne in Schweden. Die Zusammenarbeit wirkte sich für beide Partner organisatorisch und politisch vorteilhaft aus, auch was die politische Durchsetzungskraft und die relative Stärke der Gewerkschaftsorganisationen auf dem Arbeitsmarkt anbelangte. Man kommt nicht umhin zu sagen, dass die Stärke der Sozialdemokratie in Schweden auf der Zusammenarbeit mit der LO beruhte.

Der Kollektivanschluss bewirkte auch, dass die Gewerkschaftsorganisationen die Basis der sozialdemokratischen Partei auf lokaler Ebene darstellten. Sie machten einen großen Teil der Mitgliedschaft und der Basisorganisationen in den örtlichen Arbeiterkommunen aus. Der Umfang des kollektiven Anschlusses schwankte von Ort zu Ort, nicht alle örtlichen LO-Gewerkschaften schlossen sich der Partei an. Auch die Anbindung der verschiedenen Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei fiel unterschiedlich stark aus. In Orten mit einem oder mehreren großen Betrieben, beispielsweise in Orten mit Fabriken oder Werken, konnten die Gewerkschaften häufig einen entscheidenden Einfluss auf die sozialdemokratische Partei ausüben. Insbe-

sondere die Metallarbeitergewerkschaft spielte eine Schlüsselrolle im klassischen schwedischen Industriersektor. Dies lag vor allem daran, dass die Arbeiterbewegung in der Metallindustrie besonders stark war und häufig eine nahezu dominierende Stellung innehatte.

In weiten Teilen Schwedens wuchs mit der – von der Verbindung von Sozialdemokraten und Gewerkschaften geprägten – Arbeiterbewegung eine Gesellschaft in der Gesellschaft beziehungsweise ein Staat im Staat heran. Von den Unga Örnar (Junge Falken – Jugendarbeit) über Frauenclubs, Mieterbünden, Wohngenossenschaften, Häuser des Volkes und Volksparks, den Bildungsträgern ABF und PRO, einem Rentnerbund bis hin zum Bestattungsunternehmen war ein Leben innerhalb der »Bewegung«, wie sie bald im Volksmund genannt wurde, »von der Wiege bis zur Bahre« garantiert. Die Zusammenarbeit zwischen SAP und LO stellte die »Drehzscheibe« dieses »roten Gebildes« dar. Vor allem aufgrund ihrer besseren finanziellen Ausstattung war die LO ein Garant dieses Netzwerkes und konnte eine Reihe von Tätigkeiten wie den Aufbau von Folkets Hus (Haus des Volkes), der Parks sowie einer sozialdemokratischen Presse etc. unterstützen.

Als die Sozialdemokratie 1932 an die Macht kam, entstand jedoch ein Konflikt zwischen der Verantwortung für das Land einerseits und der Rolle als Vertretung der Arbeiterklasse im Arbeitsleben andererseits. Insbesondere mit der Expansion des öffentlichen Sektors, eine Folge des sozialdemokratischen Projekts, geriet die SAP-Regierung als Vertreterin von Kommunen, Staat und Provinzialregierung in einen Konflikt mit der Kommunalarbeitergewerkschaft, die zudem einen Anstieg der Mitgliederzahl verzeichnen konnte. Darüber hinaus kam es innerhalb der örtlichen Arbeiterkommunen zu Spannungen zwischen sozialdemokratischen Zusammenschlüssen und Gewerkschaftsverbänden, die sich kollektiv angeschlossen hatten. Diese waren teils kulturell bedingt, doch ging es vielerorts auch um Machtfragen, konkret darum, welche Personen Kommunalrat werden und andere Vertrauensposten innehaben sollten.

Zudem wurde der Kollektivanschluss auch prinzipiell hinterfragt. Das zentrale Argument lautete, dass er gegen ein grundlegendes demokratisches Prinzip verstoße, nämlich dagegen, dass jeder Einzelne über seine Parteizugehörigkeit selbst entscheiden könne. Solche Kritik kam sowohl aus der sozialdemokratischen Partei als auch aus den Gewerkschaftsverbänden. Gerade einige Minderheiten und besonders die Kommunisten waren prinzipiell

gegen den Kollektivanschluss, vertraten sie doch ein anderes Organisationsmodell: Die Vorstellung einer »Avantgardepartei« (die aus dem Teil der Arbeiterklasse bestehen sollte, der am besten Bescheid wusste, aus den »Auserwählten«) stand im Gegensatz zum sozialdemokratischen Modell der Massenpartei, in dem Klassenzugehörigkeit und Partei ganz einfach identifiziert wurden. Auch waren die Leninisten skeptisch gegenüber den »Tradeunionisten« an der Spitze der Gewerkschaft und wollten die Klasse von einer von kommunistischen Einsichten aufgeklärten Elite angeführt wissen.

Politisch gesehen waren es aber die Konservativen, die kontinuierlich Kritik am Modell des Kollektivanschlusses übten und damit die größte Wirkung entfalteten. Auf dem Parteitag 1984 griff der damalige sozialdemokratische Parteisekretär Bo Toresson die politische Motivation dieser Kritik an und erklärte: »Die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit ist ein Nagel im Auge der Konservativen. Sie wissen sehr wohl, dass die Stärke der Arbeiterbewegung auf dieser Zusammenarbeit beruht. Die Angriffe der Konservativen gelten sowohl dem politischen Inhalt als auch den Formen der Zusammenarbeit. Doch ist es für unseren Gegner eigentlich uninteressant, wie wir uns organisieren. Es ist das Zusammenspiel an sich, das man aufbrechen möchte! Die Angriffe sind politisch bedingt. Die Konservativen wollen die Sozialdemokratie durch das Aufbrechen der Zusammenarbeit schwächen. Darum geht es ihnen in Wirklichkeit.«

Vor demselben Parteitag verteidigten die Sozialdemokraten auch in einem Bericht die Zusammenarbeit und wiesen auf die Zuständigkeiten der lokalen Ebenen und auf das Vorbehaltsrecht hin. Vor allem die LO betonte, dass diese Zusammenarbeit den Gewerkschaften in Schweden im Unterschied zu anderen Ländern eine große politische Einflussmöglichkeit gebracht habe.

Trotzdem entfaltete die konservative Kritik auch innerhalb der LO Wirkung. Auf dem LO-Kongress 1986 beantragten die Holzindustriearbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft der Staatsbediensteten die Abschaffung der kollektiven Mitgliedschaft. Ihrer Meinung nach war die Kritik der Konservativen belastend und die kollektive Mitgliedschaft demokratisch unhaltbar. Die LO trat in ihrer Antwort auf die Anträge zwar für eine Fortführung der gewerkschaftlich-politischen Zusammenarbeit ein, sprach sich jedoch weder für noch gegen den Kollektivanschluss an sich aus, sondern verwies auf die Verantwortung der lokalen Ebene.

2.2 Die Abschaffung des Kollektivanschlusses

Die konservativen Parteien konkretisierten ihre Kritik am Kollektivanschluss und warfen die Frage eines Gesetzes gegen ihn im schwedischen Reichstag regelmäßig auf. Doch konnten sie nie eine Mehrheit auf sich vereinen oder die Diskussion so konsequent weiterführen, dass ein Gesetz herbeizuführen gewesen wäre. Auch die kommunistische Partei unterstützte die Konservativen in dieser Frage lange Zeit nicht. Doch als sich in den 1980er Jahren ein Meinungswandel in der damaligen Linkspartei-Kommunisten (Vänsterpartiet Kommunisterna, VPK) ankündigte, rückte das Thema in ein neues Licht. Es war offenbar nur eine Frage der Zeit, bis der Reichstag ein Gesetz gegen den Kollektivanschluss beschließen würde. Dies wollte die Sozialdemokratie um jeden Preis vermeiden. Es wäre für eine Volksbewegung erniedrigend gewesen, wenn der Staat in einer internen Frage der Selbstbestimmung von Partei und Gewerkschaftsbewegung organisatorische Veränderungen erzwungen hätte. Eine seit längerem in Erwägung gezogene Veränderung des Kollektivanschlussmodells wurde nun also unabweisbar. Doch war der politische Druck nicht allein entscheidend. Selbst unter den führenden Vertretern der SAP und der LO nahm die Kritik am Kollektivanschluss überhand und wuchs die Einsicht, dass eine Reform notwendig sei. Der damalige LO-Vorsitzende Stig Malm hatte beispielsweise in einer mit großer Aufmerksamkeit bedachten Aussage behauptet, dass sich der Kollektivanschluss zu einem »Mühlstein um den Hals der Arbeiterbewegung« entwickelt habe.

Auf dem Parteitag 1987 wurde die Abschaffung des Kollektivanschlusses beschlossen, das Organisationsanschlussmodell eingeführt – und damit eine Niederlage im Parlament vorgebeugt. Nun konnte sich eine Organisation anschließen, ohne dass ihre Mitglieder automatisch der SAP beitraten, die Mitgliedschaft in der SAP sollte sich vielmehr nur auf einen individuellen Beitritt gründen. Der Kongress betonte gleichzeitig die Bedeutung der weiteren Zusammenarbeit zwischen LO und SAP und warb dafür, dass mehr LO-Mitglieder in der SAP politisch aktiv werden sollten. Diese organisatorische Veränderung wurde 1990 durchgeführt. Gleichzeitig beschloss die LO, den gewerkschaftlichen Verbänden, Gruppen, Betriebsgruppen, Sektionen oder Abteilungen einen Beitritt zur SAP als Organisationen zu empfehlen. Eine über die Organisation angeschlossene Gewerkschaft erhielt zudem ein Grundmandat in der lokalen Arbeiterkommune und konn-

te darüber hinaus je nach Höhe der individuellen Mitgliederzahl Vertreter entsenden.

Die Abschaffung des Kollektivanschlusses schuf organisatorisch völlig neue Voraussetzungen für die SAP und die LO. Die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit blieb zwar bestehen, sollte jedoch in Teilen eine neue Gestalt annehmen. Auf den ersten Blick änderte sich zunächst zwar nicht viel: Der LO-Vorsitzende saß mit weiteren Gewerkschaftsvertretern nach wie vor im geschäftsführenden Vorstand der SAP. Auch lokal blieben die Bande stark. Viele Gewerkschaften blieben auch als Organisation Mitglied der Partei, insbesondere diejenigen, die sich bereits früher kollektiv angeschlossen hatten. Gleichzeitig waren aber große Veränderungen zu beobachten: In den lokalen Arbeiterkommunen war der Mitgliederschwund vielerorts erheblich, denn die ehemals kollektiv angeschlossenen Mitglieder stellten 75 Prozent der Mitgliedschaft in der SAP. In Gävle verlor die Arbeiterkommune SAP auf einen Schlag sogar 80 Prozent ihrer Mitglieder. Versuche, die Mitglieder individuell zu engagieren, konnten die Verluste nicht kompensieren. Die Abschaffung des Kollektivanschlusses bildet daher den wichtigsten Grund für die rückläufigen Mitgliederzahlen bei den Sozialdemokraten in den letzten 20 Jahren: Hatte die Partei vor 1990 1,2 Millionen Mitglieder, so liegt die Zahl inzwischen unter 100 000.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit überlebt hat, sich jedoch seit der Veränderung 1990 in anderen Formen vollzieht. Die formellen Bindungen sind nicht genauso eng wie früher. Im Unterschied zu Dänemark gehen Sozialdemokraten und LO heute aber keine getrennten Wege. Die Abschaffung der kollektiven Mitgliedschaft ist auch nicht wie in Großbritannien mit einer drastischen Schwächung der Gewerkschaften einhergegangen. Bis heute hat Schweden einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu verzeichnen, was nicht zuletzt auf die lokale Präsenz der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Spezielle sozialdemokratische Betriebsgruppen mit einzelnen Mitgliedern konnten die abgeschaffte Kollektivmitgliedschaft sogar zum Teil ausgleichen. Und in vielen Arbeiterkommunen gibt es nach wie vor Gewerkschaftsausschüsse, die die gewerkschaftliche sozialdemokratische Arbeit koordinieren. In letzter Zeit hat die LO zudem sehr viel Energie darauf verwandt, wieder mehr Mitglieder für die SAP zu aktivieren.

3 Politische und gewerkschaftliche Dimensionen der Zusammenarbeit

3.1 Die Entwicklung bis 1932

Versucht man die Frage zu beantworten, welche Konsequenzen die Zusammenarbeit für die politische Entwicklung in Schweden und für die Entwicklung der jeweiligen Organisation hatte, so ist zunächst auf die Bedeutung der persönlichen Bindungen in den jeweiligen Organisationszweigen hinzuweisen. Den Kern der Zusammenarbeit bildeten Sozialdemokraten im LO-Gewerkschaftsbund und gewerkschaftlich Aktive in der SAP. In vielen Fällen waren diese Personen in beiden Organisationen aktiv und hatten Vertrauensposten inne. Im Laufe der Jahrzehnte wurden zudem gemeinsame politische Schulungen von Funktionären der SAP und der LO in der SSU üblich. Die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Erfahrungen, die sich daraus ergaben, dürfen nicht unterschätzt werden. Die in jungen Jahren geknüpften persönlichen Beziehungen hielten – und konstituierten – für viele ein langes politisches und gewerkschaftliches Leben und bürgten für Stabilität und Kontinuität.

Bengt Schüllerqvist zeichnet allerdings ein kritisches Bild dieser Beziehungen. Er unterscheidet Tradeunionisten und »Parteigänger« innerhalb der LO, beschreibt das Spannungsverhältnis zwischen beiden und macht damit auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam, der im internen Machtspiel der Organisation und für die Machtteilung zwischen verschiedenen Einzelpersonen und Gruppierungen in der LO und der SAP von Bedeutung war. Bei einer Betrachtung der gewerkschaftlich-politischen Zusammenarbeit darf also nicht vergessen werden, dass diese stets umstritten war und nicht als bedingungslose Voraussetzung betrachtet wurde. Zudem konnte sie sich auf den verschiedenen Ebenen auch unterschiedlich intensiv gestalten – auf der lokalen Ebene, der Ebene der Gewerkschaften sowie auf zentraler LO-Ebene.

Spannungen ergaben sich aber nicht nur aus internen Auseinandersetzungen, sondern – besonders seit Mitte der 1920er Jahre – auch aus den gewerkschaftlichen Aufgaben und dem politischen Bestreben, möglichst viele Wähler einzuschließen. In der so genannten Kosakenwahl von 1928 musste die Sozialdemokratie eine Niederlage einstecken, die Konservativen unter Arvid Lindmann bildeten die Regierung. Die SAP hatte sich in der Nähe der Kommunisten verortet und war, ausgehend von

einer klaren Klassenperspektive, für eine radikale Agitation eingetreten. Die Wahlniederlage bahnte den Weg für eine Neuorientierung, die breitere Wählergruppen anziehen sollte. Die Mobilisierung der Klassen blieb zwar ein Kernstück der Arbeiterbewegung; die Arbeiterklasse bildete die Grundlage und den Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung. Nach und nach wurde die politische Rhetorik aber erweitert und in der Agitation erfolgte eine begriffliche Verschiebung von der Klassenzugehörigkeit zum Volk: Bereits Anfang der 1920er Jahre begannen die Sozialdemokraten vom »Volksheim« als einem inkludierenden Begriff zu sprechen. »Volksheim« war ursprünglich ein konservativer Ausdruck, den die Sozialdemokratie unter Per Albin aufgriff und als Bezeichnung für die sozialdemokratische Idealgesellschaft verwandte, die, geprägt von Gleichheit und Gleichbehandlung, kein Ausstoßen der Stiefkinder der Gesellschaft zuließ. Seine hegemoniale Kraft reicht bis in die heutigen Tage hinein. Auch in der formativen Parole »Das Wohl des Volkes vor dem der Bonzen« kam die rhetorische Verschiebung zum Ausdruck. Das Ziel war, die Wählerbasis der Sozialdemokratie zu verbreitern und auch andere Wählergruppen wie Kleinbauern, kleine Gewerbetreibende und – besonders wichtig – die breite Masse der Angestellten einzubeziehen und für das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaats zu gewinnen.

Bedeutete die Verschiebung von der Klassenzugehörigkeit zum Volk für die Sozialdemokratie eine Perspektiverweiterung die mit zum Wahlsieg der SAP 1932 beitrug, enthielt sie für das Verhältnis zu den Gewerkschaften auch Konfliktstoff. Konkret wies sie auf das Spannungsverhältnis zwischen den Gewerkschaftsinteressen der Arbeiterklasse und dem allgemeinen Interesse beziehungsweise Bürgerinteresse hin, mit dem die Sozialdemokraten mittels Unterstützung durch die Wähler umzugehen hatten.

3.2 Das schwedische Modell

Waren die Beziehungen zwischen SAP und Gewerkschaftsbewegung bis zur vorigen Jahrhundertwende eng, unklar und ungenau, so entstand danach eine Arbeitsteilung mit dem Ergebnis, dass die Sozialdemokratie die vorherrschende staatstragende Partei in Schweden wurde. Die Zusammenarbeit zwischen SAP und LO führte dazu, dass die Arbeiterbewegung auf nationaler Ebene eine hegemoniale Rolle in der schwedischen Politik einnahm und im 20.

Jahrhundert ein formatives Moment für das schwedische Modell und die schwedische Gesellschaftsorganisation darstellte. Bo Stråth konstatiert, dass Ende der 1930er Jahre die Spannungen »innerhalb des Dreiparteienverhältnisses Gewerkschaften – Arbeitgeber – sozialdemokratische Regierung [...] zu Gunsten des Bildes einer harmonischen Einigkeit abgeschwächt« wurden.

Für die Partei bildete die Gewerkschaft die Grundlage für die Mobilisierung, Anwerbung und Organisation. Die schwedische Gewerkschaftsbewegung wiederum war verhältnismäßig einheitlich, verfügte über einen hohen Organisationsgrad und über einen direkten Zugang zur Politik, zu den sozialdemokratischen Ministern und Mitarbeitern in den Ministerien und zu den Abgeordneten im Reichstag, von denen viele einen gewerkschaftlichen Hintergrund hatten. Eine ähnliche Struktur der Einflussnahme und der Mobilisierung existierte selbstverständlich auf kommunaler und provinzieller Ebene.

Auf dieser Aufgabenteilung zwischen SAP und LO baute das schwedische Modell folglich auf. Auch hier gibt es Grund, das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung hervorzuheben: Als die Sozialdemokratie 1932 an die Macht kam, erreichte die Gewerkschaftsorganisation einen flächendeckenden Charakter und die Volksbewegungen nahmen an Mitgliedern zu. Umgekehrt war die starke Basis der Volksbewegungen eine Voraussetzung der sozialdemokratischen Wahlsiege seit 1932. Diese auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung ist beachtlich und verdient es, hervorgehoben zu werden.

Das schwedische Modell baute zudem auf dem Konsensstreben als Arbeitsmethode auf. Der Dezemberkompromiss 1906 beinhaltete beispielsweise, dass die Arbeitgeber das Versammlungsrecht und die Arbeitnehmer die Macht der Arbeitgeber am Arbeitsplatz akzeptierten. Im Abkommen von Saltsjöbaden (1938), einer Hauptvereinbarung, wurden dann die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt über mehrere Jahrzehnte hinweg geregelt. Doch war Schweden bis dahin nicht das Utopia der Kompromissbereitschaft in Europa gewesen, sondern ein Land mit vielen Arbeitskämpfen und folgenschweren gesellschaftlichen Konflikten. Von 1890 bis in die 1930er Jahre war Schweden sogar das herausragende »Streikland« in Europa. Das wird häufig außer Acht gelassen, da Schweden seit langem mit einem Mittelweg und einer Kompromisskultur assoziiert wird. Bereits 1917 waren die Sozialdemokraten in Regierungspositionen mit der

Verantwortung für den Arbeitsfrieden gelangt. Die gesamten 1920er Jahre waren allerdings konfliktträchtig, da es der Sozialdemokratie nicht gelang, eine Formel für den Arbeitsfrieden vorzulegen und sie vor allem keine parlamentarische Unterstützung zur Durchsetzung einer anderen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt erhielt. Das wurde erst mit dem Wahlsieg 1932 möglich. Dieser markierte den Beginn einer Kultur der Zusammenarbeit, sowohl in der Politik als auch auf dem Arbeitsmarkt, die in Schweden bis einschließlich der 1970er Jahre vorherrschend blieb. Allerdings war auch diese Zeit keineswegs konfliktfrei und es kam immer wieder zu kleineren und größeren Streiks. Der große Baustreik Anfang der 1930er Jahre illustrierte beispielsweise die Problematik der Doppelrolle der SAP, die einerseits die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Organisation und dem Kampf zu unterstützen und gleichzeitig als Regierungspartei die Verantwortung für das Arbeitsleben und die Vermittlungsinstitutionen der Gesellschaft zu tragen und für eine Verringerung der Konflikte und die Wahrung des Arbeitsfriedens zu sorgen hatte.

Gleichwohl war die Hochphase des schwedischen Modells eine Zeit der Zusammenarbeit unter sozialdemokratischer Vorherrschaft. Das war auch daran zu erkennen, dass zentrale politische Programme gemeinsam von der SAP und der LO formuliert und häufig sowohl vom Parteivorstand der Sozialdemokraten als auch vom Vorstand der LO angenommen wurden. Dies gilt beispielsweise für das Nachkriegsprogramm der Arbeiterbewegung, für verschiedene Vorschläge über die Bildung der Arbeitnehmerfonds, für das Krisenprogramm in den 1980er Jahren und das Programm der 1990er Jahre.

3.3 Das Rehn-Meidner-Modell

Eines dieser Programme und ein wichtiges Element des schwedischen Modells war das so genannte Rehn-Meidner-Modell. Es beruhte auf Studien von zwei Wirtschaftsfachleuten der Gewerkschaft, Gösta Rehn und Rudolf Meidner, und zeigt, dass die Wirtschaftspolitik des schwedischen Modells in der Nachkriegszeit vor allem von der Gewerkschaftsbewegung bestimmt wurde. Das Rehn-Meidner-Modell verband Theorie und Praxis und deutete in zwei Richtungen. Es beinhaltete Empfehlungen an die Gewerkschaftsorganisationen und – in Bezug auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – an die sozialdemokratische Regierung und Partei.

Für die Lohnbestrebungen der Gewerkschafts-

bewegung empfahlen Rehn und Meidner die »solidaire Lohnpolitik« – gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Von der sozialdemokratischen Regierung wurde eine Stabilisierungspolitik für die Wirtschaft unter Vermeidung von Überhitzung und Inflation verlangt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bedeutete, dass geringproduktive Unternehmen aufgeben mussten, produktive Unternehmen aber gleichzeitig die Möglichkeit erhielten, zu expandieren, da sie weniger hohe Löhne zahlen mussten als sie eigentlich konnten, also nicht das gesamte »Lohnkontingent« ausgeschöpft wurde. Dies führte zu hohen Gewinnen in erfolgreichen Unternehmen, was später zur Forderung nach Arbeitnehmerfonds Anlass gab. Bezüglich der Beschäftigung bedeutete das Modell, dass Arbeitskräfte von Orten mit hoher Arbeitslosigkeit in Städte und Orte abwandern konnten, in denen Firmen – insbesondere im Zuge des sich vollziehenden Strukturwandels – neue Arbeitskräfte benötigten. Um das zu erleichtern, setzte die Regierung die notwendige aktive Arbeitsmarktpolitik um, die die Gewerkschaft sowohl theoretisch als auch praktisch unterstützte. Das zentrale Ziel dabei bestand für Gewerkschaft und Partei gleichermaßen in der Schaffung von Vollbeschäftigung. Das die Wirtschafts-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik integrierende Modell beschleunigte den raschen Strukturwandel in Schweden während der Nachkriegszeit. Es führte sowohl zu mehr Wachstum als auch zu mehr Gerechtigkeit. Schweden entwickelte sich von einem der ärmsten und unterentwickeltesten Länder Europas zu einem der reichsten Länder der Welt – vom Armenhaus zur Wohlfahrtsgesellschaft – und wurde damit zu einem Vorbild für viele andere progressive Bewegungen in der Welt.

Die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit waren also zwei wichtige Arbeitsmethoden, die einander stützten und im Großen und Ganzen sehr erfolgreich waren. Vereinfacht ausgedrückt wurden viele Forderungen, bei denen die Gewerkschaftsbewegung nicht auf vertraglichem Wege vorankam, nicht selten von der Sozialdemokratie über die Gesetzgebung vorgebracht. Insbesondere in den 1970er Jahren, in denen die Gewerkschaft ähnlich wie in den 1950er Jahren die Wirtschaftspolitik prägten, war dies eine gängige Praxis. Danach konzentrierte man sich mehr auf die Rückkehr zu vertraglichen Lösungen und darauf, dass sich Staat und Politik nicht unnötig in den Arbeitsmarkt einmischten.

Die Forderungen nach einer Demokratisierung des Arbeitslebens führte in den 1970er Jahren zu

einer breiten politischen Debatte und zu einer arbeitsrechtlichen Offensive, die die Rolle der Gesetzgebung im schwedischen Modell und die Position der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt stärkte: Die Anstellungsverhältnisse wurden mit dem Gesetz über den Kündigungsschutz geregelt. Das Gesetz über die Mitbestimmung in der Arbeitswelt stellte Anforderungen an Unterrichtung und Verhandlung bei bedeutenden Veränderungen am Arbeitsplatz. Zu nennen sind auch noch das Betriebsobleutegesetz, das Gesetz über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, das Gesetz über die Beurlaubung zu Ausbildungszwecken, das Arbeitszeit- und Urlaubsgesetz sowie die allgemeinen Sozialversicherungen. Sie alle änderten die Machtbeziehungen zum Vorteil der Arbeitnehmer und trugen dazu bei, dass die Macht der Gewerkschaft zunahm. Hinzu kam, dass die Gewerkschaften selbst in Zusammenarbeit und vor allem in Verhandlungen mit den Arbeitgebern Mindestserviceleistungen im Streikfall (später übernahm der Staat immer mehr Verantwortung), Versicherungslösungen, gewerkschaftliche Bildungs- und Schulungsmaßnahmen von Betriebsobleuten durchsetzten.

Als 1975 die Arbeitnehmerfonds vorgestellt wurden, hatte das schwedische Modell eine Art Zenit erreicht. Die Forderung nach solchen Fonds wurde ebenfalls massiv von den Gewerkschaften vorangetrieben und gründete auf unerwünschten Folgen des Rehn-Meidner-Modells, den so genannten Übergewinnen, die aufgrund der solidarischen Lohnpolitik entstanden. Der Vorschlag, einen Teil der Gewinne in Gewerkschaftsfonds zu überführen und von dort aus zu reinvestieren, hätte die Machtverhältnisse in den Unternehmen grundsätzlich verändert und die wirtschaftliche Entscheidungsgewalt nach und nach an die Fondseigentümern überführt.

Der Idee war daher nicht derselbe Erfolg beschieden wie dem Rehn-Meidner-Modell. Sie führte vielmehr zu einer ideologischen Mobilisierung der Arbeitgeber und war mit ein Grund dafür, dass die Sozialdemokraten 1976, nach 44 Jahren als Regierungspartei, die Wahl verloren. Das Wahlergebnis markierte den Beginn eines Rechtsrucks in der gesamten westlichen Welt. Und die Zusammenarbeit, die das schwedische Modell geprägt hatte, begann sich aufzulösen.

3.4 Risse in der Zusammenarbeit

War die Wirtschaftspolitik der 1950er und 1970er Jahre von den Gewerkschaften geprägt, dominierte nun die Partei. Bereits in den 1930er Jahren war es eher die SAP gewesen, die über Initiativvermögen und Machtressourcen verfügt und die grundlegenden wirtschaftspolitischen Leitlinien festgelegt hatte. Damals hatten einige sozialdemokratische Ökonomen mit Ernst Wigforss an der Spitze die Krisen- und Planwirtschaftspolitik formuliert. Und auch ab Anfang der 1980er Jahre spielten Gewerkschaftsökonomen nicht mehr die dominierende Rolle im wirtschaftspolitischen Denken der Sozialdemokratie wie früher. Im Gegenteil, die Projekte und Ideen des Finanzministers Kjell-Olof Feldt (1982-1990), eines kreativen und effizienten Politikers, führten zu großen Spannungen zwischen Partei und Gewerkschaft und zu echten Rissen in der Zusammenarbeit.

Als die Sozialdemokraten 1982 nach sechs Jahren in der Opposition erneut an die Macht kamen, trat Schweden in eine neue historische Phase. Die Zukunftsaussichten für die schwedische Wirtschaft waren düster. Kjell-Olof Feldt distanzierte sich vom alten sozialdemokratischen Glaubensbekenntnis: Die Sozialdemokraten schlugen nun eine Dämpfung der Expansion des öffentlichen Sektors vor, sowohl was die Staatsquote als auch was die Anzahl der Anstellungen im öffentlichen Sektor anbelangte, nachdem dessen Rolle in der Gesellschaft seit Ende der 1960er Jahre immer stärker geworden war. In jenen Jahren begann das schwedische Modell von anderen europäischen Sozialstaatsmodellen abzuweichen, beziehungsweise ihnen voraus zu sein.

Gleichzeitig traten innerhalb der LO immer stärkere Spannungen zwischen den Industriearbeitern und den im öffentlichen Dienst Organisierten zu Tage. Insbesondere die Gewerkschaften der Metallarbeiter und Kommunalarbeiter gerieten in starken Konflikt zueinander, letztere hatte die Metallgewerkschaft als größte LO-Gewerkschaft abgelöst. Die Gegensätze kreisten um den öffentlichen Sektor, die Lohnbildung und die Beziehungen Schwedens zur EG.

Lars Olsson und Lars Eckdahl beschreiben diese Phase folgendermaßen: »Für die Gewerkschaftsbewegung waren die 1980er Jahre schwierig zu lenken und vielfach konfliktträchtig in Bezug auf das Umfeld und intern. Die Untergrabung der zentralen Elemente im Rehn-Meidner-Modell bedeutete ferner, dass der Kitt, der die verschiedenen LO-Gewerkschaften während so vieler Jahrzehnte zusammengehalten hatte, sich nun aufzulösen drohte.

Die immer erfolgreicherem Bemühungen des SAF (Svenska Arbetsgivarföreningen, Zentralverband schwedischer Arbeitgeber), aus dem zentralen Verhandlungssystem und der solidarischen Lohnpolitik auszubrechen, trugen zu den internen Konflikten bei, aber auch zu angespannten Beziehungen zu anderen Gewerkschaftsorganisationen. Gemessen an der Mitgliederzahl begann die LO ihre vorherrschende Stellung auf dem Arbeitsmarkt einzubüßen. Auch die solidarische Lohnpolitik als Leitmotiv für die Lohnbildung von Arbeitern und Angestellten war schwieriger aufrechtzuerhalten. Der Anteil der LO-Gewerkschaften an sämtlichen Gewerkschaftsmitgliedern ging im Zeitraum von 1950 bis 1980 von 78 auf 61 Prozent zurück und lag Mitte 1990 bei etwa 55 Prozent.«

Die von den Sozialdemokraten unter Olof Palme Anfang 1980 geführte Wirtschaftspolitik des Dritten Wegs war also der Anfang einer Phase der Spannungen in der Arbeiterbewegung an sich und insbesondere zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. Es kam zu massiver – und weitestgehend gewerkschaftlich begründeter – Kritik an der neuen Wirtschaftspolitik, unter anderem in Form des so genannten Dala-Uppror (Dalarna-Aufstand), der bis zur Ermordung von Olof Palme im Frühjahr 1986 die sozialdemokratische Regierung von links kritisieren sollte.

Gleichzeitig wurde es für die LO immer schwieriger, sich mit ihren Forderungen bei der Partei Gehör zu verschaffen und die Gegensätze zwischen SAP und LO wurden härter. In den 1990er Jahren kamen die Konflikte dann offen zum Ausdruck, nachdem die sozialdemokratische Regierung (anfangs mit Unterstützung der LO-Führung) 1990 ein Paket zur Bekämpfung der Überhitzung in der Wirtschaft vorgestellt hatte. Das Paket enthielt unter anderem einen Lohn-, einen Streik und einen Preisstopp. Die Kritik der Kommunalarbeitergewerkschaft, die sich mitten in Verhandlungen befand, und der Gewerkschaften vor Ort wurde immer härter. Schließlich zog die sozialdemokratische Parteiführung den Vorschlag zurück und Finanzminister Kjell-Olof Feldt gab sein Amt auf. Doch die Auseinandersetzungen setzten sich auch unter dem neuen Finanzminister Allan Larsson fort. Im folgenden Jahr verloren die Sozialdemokraten die Regierungsmacht.

Auch nach dem erneuten Wahlsieg der Sozialdemokraten 1994 lebten die Gegensätze wieder auf. Die Regierung hatte mit einem galoppierenden Haushaltsdefizit, einer wachsenden Staatsverschuldung und hohen Zinsen zu kämpfen und sah sich zu

schmerzhaften Einsparungen im öffentlichen Sektor und insbesondere im Sozialversicherungssystem gezwungen. Der damalige Finanzminister und spätere Ministerpräsident Göran Persson markierte seine Distanz zur LO, indem er sie als Vertreterin »ein[es] Einzelinteresse[s] unter vielen« bezeichnete.

Ihrerseits protestierte die LO wie nie zuvor gegen die regierenden Sozialdemokraten. Unter anderem wurde während des LO-Kongresses 1996 eine Demonstration gegen Vorschläge für Änderungen im Arbeitsrecht und gegen die Sparpolitik allgemein organisiert. Der damalige LO-Vorsitzende Bertil Johnsson nahm dabei eine neue Haltung gegenüber dem Teil der LO ein, der noch auf eine enge Zusammenarbeit mit der SAP setzte. In dieser Zeit wurden auch Stimmen laut, die eine Veränderung in der Zusammenarbeit zwischen LO und SAP herbeiführen oder sie sogar in ihrer damaligen Form beenden wollten. Das Verhältnis zwischen der Gewerkschaft und der SAP hatte wohl einen Tiefstand erreicht.

Das angestiegene Konfliktniveau muss sicher vor dem Hintergrund der Abschaffung des Kollektivanschlusses einige Jahre zuvor gesehen werden. Ein weiteres Element war aber die Tatsache, dass der Anteil der LO-Gewerkschaftsmitglieder an den Wählern der Sozialdemokratie in diesem Zeitraum erheblich abgenommen hatte. Die Klassenzugehörigkeit hatte in Schweden als entscheidendes Moment für die Wahlentscheidung im Laufe der Jahre bereits an Bedeutung verloren. Allerdings stimmten in den 1980er Jahren immer noch 65 bis 70 Prozent der LO-Mitglieder für die Sozialdemokraten. Aber auch die Linkspartei-Kommunisten (VPK) konnten auf eine gewisse Unterstützung zählen. Bei den Wahlen 1991 und 1998 sank der Anteil der sozialdemokratischen Wählerstimmen dann auf 50 Prozent und erreichte damit ein kritisches Niveau, auf dem eine gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit immer schwieriger zu motivieren war. Bei der Wahl 1998 wechselten schließlich kritische Wähler aus Gewerkschaften und Obleute in großer Zahl zur Linkspartei über: Ganze 20 Prozent der LO-Mitglieder gaben der Linkspartei ihre Stimme, die inzwischen den kommunistischen Teil ihrer Parteibezeichnung gestrichen hatte.

Zusätzlich verstärkend wirkte sich die rückläufige Wahlbeteiligung in Schweden aus, auch wenn im Zuge letzten Wahl wieder eine gewisse Zunahme zu verzeichnen war. Bei LO-Mitgliedern nahm die Wahlbeteiligung stärker ab als bei anderen Gruppen und vor allem junge LO-Mitglieder neigen dazu, am Wahltag zuhause zu bleiben.

All dies sollte natürlich auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass sich das herkömmliche schwedische Modell mit Tarifpartnern auf dem Arbeitsmarkt nach den Wirtschaftskrisen ab den 1970er Jahren zu lockern begann. Aufgrund von Strukturveränderungen verringerte sich der Anteil der in der traditionellen Industrie Beschäftigten. Die von allen Parteien getragenen und über mehrere Jahrzehnte normsetzenden Lohnbildungsmodelle gingen davon aus, dass ein dem Wettbewerb ausgesetzter Sektor, also die Industrie, beim Lohn maßgebend war und geschützte Sektoren, also der öffentliche Sektor und der einheimische Dienstleistungssektor, sich danach richteten. Selbst wenn dies weiterhin in gewissem Maß verbindlich blieb, änderten sich die objektiven Voraussetzungen. Begriffe wie »dritte Industrierevolution« und »Dienstleistungsgesellschaft« illustrieren diese Veränderungen, die insgesamt neue Herausforderungen an das schwedische Modell stellen. In den letzten Jahren wird mit dem Begriff der Globalisierung zu beschreiben versucht, was die neuen qualitativen Veränderungen durch den weltweiten Kapitalismus und den Beitritt Schwedens zur EU für das schwedische Modell der Tarifverträge und das schwedische Modell bedeuten.

3.5 Von der Krise zu erneuerter Zusammenarbeit

Doch nach den Kämpfen in den 1990er Jahren sind die Beziehungen zwischen der LO und der SAP von einer neuen Annäherung geprägt. Beide Parteien streben eine Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas an. Die LO hat sich auch auf verschiedenste Weise dafür eingesetzt, dass sich ihre Mitglieder und Arbeiter aktiv in der sozialdemokratischen Partei einbringen, was die SAP unterstützt hat. Zudem sind mit Wanja Lundby-Wedin als LO-Vorsitzender die persönlichen Beziehungen zur SAP wieder besser, als es unter ihren Vorgängern Stig Malm und Bertil Johnsson der Fall war. Die SAP und die LO sind sich über die Ausrichtung der Politik heute einiger als in den 1980er und 1990er Jahren.

In Schweden hat die Arbeiterbewegung damit einen anderen Weg gewählt als in vielen anderen Ländern und im 21. Jahrhundert die Kontakte zwischen Partei und Sozialdemokraten erneut enger geknüpft. In Dänemark etwa, das eine ähnliche Geschichte hat wie Schweden, auch wenn die Zusammenarbeit zwischen der dortigen LO und den Sozialdemokraten nie so eng war wie in Schweden,

gibt es heute keine direkte Verbindung zwischen den beiden Organisationen. Auch in Norwegen vertrat die dortige LO im letzten Wahlkampf eine eher selbständige Linie: Sie fasste vor der Wahl ihre politischen Forderungen zusammen und übte damit Einfluss auf alle Parteien aus. Sie trug damit zu dem Machtwechsel hin zu einer von der Arbeiterpartei geführten Mitte-Links-Regierung bei. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Sozialdemokraten in Norwegen und Dänemark viele LO-Wähler an linke und rechte Konkurrenten verloren haben: Stabile und starke linkssozialistische Parteien fordern – anders als in Schweden – die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten heraus. Die norwegische rechtspopulistische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei) und die Dansk folkeparti (Dänische Volkspartei) ziehen ebenfalls zahlreiche Wähler aus der Arbeiterschicht ab. Dagegen konnten die schwedischen Sozialdemokraten unter den LO-Mitgliedern ihre Stellung behaupten, auch wenn die Sverigedemokraterna (rechtsgerichtete Schwedendemokraten) eine potenzielle Bedrohung darstellen. In vielen anderen nichtskandinavischen europäischen Ländern sind die Bande zwischen sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in letzter Zeit ebenfalls eher schwächer geworden.

Was denkt LO heute über die zukünftige Zusammenarbeit? Sie selbst geht davon aus, dass vieles dafür spricht, »dass die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit am Scheideweg steht. Sie kann sich weiter entwickeln und stärken, jedoch gibt es auch Faktoren, die zu ihrer Schwächung führen können. Die Voraussetzungen haben sich geändert.« Gleichzeitig stellt die LO fest, dass ihre Mitglieder weniger geneigt seien, für die Sozialdemokraten zu stimmen, sich überhaupt weniger mit einer politischen Partei identifizierten und in immer kleinerem Ausmaß Mitglied einer Partei seien. Die Politik habe sich individualisiert und die Identifikation mit der Klassenzugehörigkeit abgenommen. Das Selbstverständnis der Menschen basiere mehr auf Werten als früher. Es herrsche unter den LO-Mitgliedern auch mehr Zweifel bezüglich der gewerkschaftlich-politischen Zusammenarbeit. Insbesondere die Vorstöße der Linkspartei in die LO in den 1990er Jahren führten dazu, dass die Kritik noch weitere Nahrung erhielt.

4 Gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert.

Obwohl die Zusammenarbeit zwischen der LO und der SAP heute wieder besser ist, sind die traditionellen Bande zwischen beiden Organisationen schwächer als in der Nachkriegszeit. Einige zentrale Veränderungen, die zu Konflikten führten, wurden bereits angesprochen.

In diesem Zusammenhang muss aber auch beachtet werden, dass neue gewerkschaftliche Zentralorganisationen herangewachsen sind, die sich neben der LO etabliert haben. Schweden hat einen sehr hohen Organisationsgrad und durch die Expansion dieser neuen Organisationen gilt dies auch weitgehend für Angestellte und Akademiker. Was die Mitgliederzahl betrifft, ist die LO mit 1,7 Millionen Mitgliedern zwar weiterhin der größte Dachverband, aber nicht mehr so dominierend wie früher. Die 1947 gegründete Zentralorganisation der Akademiker, SACO (Sveriges Akademikers Centralorganisation), hat gegenwärtig 580 000, der Dachverband der schwedischen Angestelltengewerkschaften, TCO (Tjänstemännens Centralorganisation), 1,2 Millionen Mitglieder, zusammen also mehr als die LO. Diese beiden Dachverbände sind parteipolitisch ungebunden. Das bedeutet, dass das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt anders aussieht als in der Nachkriegszeit. Und es bedeutet, dass die Zusammenarbeit zwischen der LO und SAP vor neue Probleme gestellt wird: Die Sozialdemokraten wollen die Wähler aus den Reihen von TCO und SACO nicht abweisen. Und für die LO wird es schwieriger, sich als alleinige Gewerkschaftsorganisation zu behaupten.

Bedeutet dies, dass die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit in irgendeiner Weise revidiert werden muss? Das kommt darauf an. Vor dem Kongress 2008 legte die LO fest, dass sie für eine »Gesellschaftsentwicklung basierend auf einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie« eintritt. Die Einflussnahme durch Lobbys und Medien beziehungsweise durch Kontakte mit anderen Parteien werden zwar nicht ausgeschlossen. Doch hält die LO deutlich fest, dass »der LO-Gewerkschaftsbund ideologisch mit den Sozialdemokraten verbunden ist, ausgehend von den Bedürfnissen und Bestreben der Arbeiterklasse.« Diese Verbindung liege einer langfristigen organisierten Zusammenarbeit zu Grunde, die nicht je nach Veränderungen der politischen Agenda aufgebrochen und wieder aufgenommen werde. Die Legitimation für diese gewerkschaftlich-politische Zusammenar-

beit liege im Nutzen der Klasseninteressen und der Unterstützung des gewerkschaftlichen Auftrags. In einer von einer sozialdemokratischen Mehrheit beeinflussten oder gar gelenkten Gesellschaftsentwicklung habe die Gewerkschaft bei Weitem größere Möglichkeiten, ihren Auftrag auszuführen. Umgekehrt gelte: Wenn andere politische Kräfte die Macht über politische Beschlüsse erhielten, würden sie anderen Gruppen nützen und die Arbeiter benachteiligen.

Des Weiteren gibt die LO eine Antwort auf die Frage, warum sie »Stellung für die Sozialdemokratie und gegen die Konservativen bezieht« und stellt fest, dass Kapitalinteressen »mehr Macht haben als die Mitarbeiter« und daher danach trachteten, »das Arbeitsleben und die Verteilung des Produktionsergebnisses nach ihren Interessen zu verteilen.« Demgegenüber bestehe die »LO und Sozialdemokraten vereinende Idee« im »Erreichen positiver Veränderungen in der Gesellschaft durch eine realistische Haltung gegenüber den Problemen, mit denen man sich auseinanderzusetzen hat.«

Zwar konstatiert die LO, dass die Mitgliederzahl der SAP drastisch zurückgegangen sei, gut die Hälfte aller SAP-Mitglieder jedoch Arbeitnehmer seien. Sie betont auch, dass weniger LO-Mitglieder heute parteipolitisch aktiv seien als früher. Die LO empfiehlt daher, die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Partei und die finanzielle Unterstützung der SAP fortzusetzen. Sie betont ferner, dass mehr Mitglieder die Möglichkeit erhalten sollten, Programmatik und Politik zu diskutieren, um das politische Interesse und Engagement anzuregen.

Wie die LO bekennen sich auch die Sozialdemokraten zu der Verbindung und halten fest, dass »die demokratische Arbeiterbewegung aus den Gewerkschaften des LO und der sozialdemokratischen Partei« bestehe, folglich »verschiedene Organisationen mit teilweise verschiedenen Aufträgen, jedoch ausgehend von einer gemeinsamen ideologischen Grundlage zusammenarbeiten.« Gleichzeitig grenzt sich die SAP gegen konkurrierende gewerkschaftliche Organisationen ab und bezeichnet die in der Satzung der Angestelltengewerkschaft verankerte parteipolitische Neutralität als entscheidendes Hindernis für eine Zusammenarbeit mit der TCO.

Die Zusammenarbeit soll nach dem Willen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften also fortgesetzt werden – und sorgt nach wie vor für politische Diskussionen: Der konservative Thinktank Timbro hält fest, dass die Unterstützung des LO zu einem erheblichen Übergewicht »des sozialdemokratischen Machtkolosses« führe, und stellt die

Arbeiterbewegung als eine konservative Kraft in der Politik und Gesellschaft dar, obwohl die bürgerlichen Parteien heute mehr Mitglieder haben als Sozialdemokraten, Linkspartei und Umweltpartei zusammen und im letzten Wahlkampf auch über das größere Wahlbudget verfügten.

Die entscheidende Frage ist aber, in welchen Formen diese gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit in der Zukunft erfolgen wird.

5 Abschließende Diskussion

Die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit hatte stets rationale Züge. Eine starke Gewerkschaftsbewegung konnte für Ruhe und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen, was der Produktivitätsentwicklung in der Wirtschaft und damit der gesamten Gesellschaft diente. Eine gewerkschaftsfeindliche Regierung hätte vermutlich zu schwächeren Gewerkschaftsorganisationen und mehr Konflikten im Arbeitsleben geführt, mit Nachteilen für die schwedische Wirtschaftsentwicklung. Die Arbeiterbewegung hat folglich auf zwei Wegen gewirkt, die gewerkschaftliche und die politische Arbeit haben sich gegenseitig unterstützt.

Gleichzeitig haben sich zwei starke Partner gegenseitig unterstützt: Die Sozialdemokraten waren die vorherrschende Partei in der schwedischen Politik. Umgekehrt bedeutete die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften, dass die Zusammenarbeit für die Sozialdemokraten von wesentlicher Bedeutung war. Die relative Stärke beider Partner hat die Zusammenarbeit effizient und rationell gestaltet.

Die Bindungen zwischen SAP und LO werden in absehbarer Zeit Bestand haben. Es besteht ideologisch, politisch und strategisch gesehen eine Wertegemeinschaft und ein gemeinsames Interesse. Lokal gibt es ferner starke Verbindungen zwischen den gewerkschaftlichen Abteilungen und den Sozialdemokraten. Viele LO-Mitglieder haben eine wichtige Rolle in der lokalen Politik gespielt und werden sie weiter spielen.

Doch es gibt auch Faktoren, die die Formen der Zusammenarbeit in der Zukunft verändern können. Was geschieht, wenn Schweden über eine längere Periode von einer konservativen Regierung gelenkt wird und die Sozialdemokraten wie in den anderen nordischen Ländern schwächer werden? Erreichten die schwedischen Sozialdemokraten in den 1940er Jahren im Schnitt nahezu 50 Prozent der Wählerstimmen, waren es in den 1950er Jahren durchschnittlich 45 Prozent, in den 1960ern circa 48

Prozent, in den 1970ern und den 1980ern Jahren unter 45 und danach etwas unter 40 Prozent. Wenn die Sozialdemokraten dieses Ergebnis bei der nächsten Wahl halten und etwa 40 Prozent der Wähler auf sich vereinen können, wird es starke rationale Gründe für die Fortsetzung der gewerkschaftlich-politischen Zusammenarbeit geben. Erhalten die Sozialdemokraten lediglich um die 30 Prozent, wird sich das gesamte politische Feld neu gestalten: Von links außen konkurrierende Parteien würden Wählerstimmen hinzugewinnen, und die konservativen Parteien im Allgemeinen sowie rechtspopulistische Parteien im Besonderen in der Arbeiterklasse Fuß fassen. In einem solchen Fall würde eine Zusammenarbeit in ihrer traditionellen Form schwieriger zu motivieren sein.

Sollten konservative Regierungen über mehrere Legislaturperioden hinweg das Land regieren, kann die Gewerkschaftsbewegung zudem mit einer Gesetzgebung und weiteren Beschlüssen rechnen, die die gewerkschaftliche Arbeit eher erschweren als erleichtern.

Auswirkungen der – rational begründeten und von volkswirtschaftlicher Seite stark unterstützten – Arbeitsmarktpolitik der konservativen Regierung sind bereits zu sehen. Nach gut einem Jahr sind circa 400 000 Personen aus den gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen ausgetreten. Insbesondere die LO-Gewerkschaften, aber auch die TCO-Verbände haben in Folge neuer Regeln und erhöhter Abgaben viele Mitglieder verloren. Setzt sich die Entwicklung fort, wird die schwedische Gewerkschaftsbewegung nicht mehr »die stärkste Gewerkschaftsbewegung der Welt« sein.

Aus der Perspektive der Sozialdemokraten kann sich die Anbindung an die LO zudem als Hindernis erweisen, TCO- und SACO-Anhänger als Wähler zu gewinnen. Das ist besonders vor dem Hintergrund relevant, dass die LO Mitglieder verliert und im Vergleich zu TCO und SACO kleiner wird, und dass die konservativen Parteien bei der Wahl 2006 besonders TCO- und SACO-Mitglieder für sich gewinnen konnten, die die Sozialdemokraten zurückgewinnen müssen, um die nächste Wahl für sich zu entscheiden. Hinzu kommen regionale Unterschiede: In Stockholm ist etwa der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedriger als im übrigen Land und der Anteil an LO-Arbeitsplätzen geringer als in vielen anderen größeren Orten.

Eine Schlüsselfrage in der gewerkschaftlich-politischen Zusammenarbeit bezieht sich auf den Anteil der LO-Mitglieder, die den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Eine niedrige Stimmzahl wird

langfristig zu Schwierigkeiten bei der Motivierung der Zusammenarbeit führen. Als der Anteil bei der Wahl 1998 bei 54 Prozent lag, war man, wie erwähnt, in der Nähe der kritischen Grenze angelangt. Damals wurde die Zusammenarbeit auch aktiv hinterfragt. Seither ist der Anteil der LO-Mitglieder die sozialdemokratisch wählen aber wieder angestiegen.

Grundsätzlich gibt es für eine gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit in der Zukunft drei Szenarien. Erstens: Die LO wird parteipolitisch neutral wie in Dänemark. Das ist kurzfristig zwar nicht wahrscheinlich. Doch wenn Schweden den gleichen Weg einschlägt wie Dänemark und sich zu einem Land mit einer erheblich schwächeren sozialdemokratischen Partei und wenigen sozialdemokratisch wählenden LO-Mitgliedern entwickelt, kann dies durchaus Realität werden.

Zweitens: Die gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit wird fortgesetzt. Das ist das, was Sozialdemokraten und LO gegenwärtig anstreben.

Drittens: Ein Mittelweg wäre, dass LO und SAP zusammenarbeiten, jedoch mit einem gewissen Abstand zueinander, der den jeweiligen Organisationen mehr Bewegungsfreiheit einräumt.

Die Entscheidung welcher Weg eingeschlagen wird hängt von einer Reihe verschiedener Faktoren ab. Wie die geschilderte Entwicklung gezeigt hat, ist sie abhängig von der politischen Entwicklung, der sozialdemokratischen Fähigkeit, Wähler zu mobilisieren und der relativen Stärke der LO, was die Mitglieder und den Anteil der sozialdemokratisch wählenden LO-Mitglieder anbelangt.

Literatur

- Bengtsson, Håkan A; Lindberg, Ingemar (2005): Pappers framtid. Scenarier inför framtiden.
- Billing, Peter; Stigendal, Mikael (1994): Hegemonins decennier. Lärdomar från Malmö om den svenska modellen.
- Björnsson, Anders: I kunskapens intresse. SACOs första sex decennier. (Im Interesse des Wissens. SACOs erste sechs Jahrzehnte.) Carlssons.
- Facket, politiken och inflytandet. (Gewerkschaft, Politik und Einfluss.) LO.
- Forssell, Johan; Tamson, Kristoffer (1992): LO står kvar – en rapport om LO, pengarna och politiken. (LO bleibt bestehen – ein Bericht über LO, Geld und Politik.) Timbro 2002.
- Hur får vi del av den samlade arbetarrörelsens kompetens när vi skall fatta beslut. Facklig –politisk samverkan är mer än kampen om nomineringarna. (Wie können wir das Know-how der gesamten Arbeiterbewegung bei der Beschlussfassung nutzen. Gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit ist mehr als nur der Kampf um die Nominierungen) SAP 2007.
- Jensen, Paw S.; Lindholm Lau, Knud: ORGANISE-RING:DK.Håndbogen om att få nye medlemmer og passe godt på nuværende. (Organisation:DK. Handbuch, wie man neue Mitglieder wirbt und die gegenwärtigen pflegt.)
- LO – Gewerkschaft in Zusammenarbeit. LOs 26. Kongress 2008.
- Misgeld, Red Klaus, et. al. (1989): Socialdemokraternas samhälle. SAP och Sverige under 100 år. (Die Gesellschaft der Sozialdemokratie. SAP und Schweden während 100 Jahren.) Tiden.
- Olsson, Lars; Ekdahl, Lars (2002): Klass i rörelse. Arbetarrörelsen i svensk samhällsomvandling. Arbetarnas kulturhistoriska sällskap.
- Politisk handlingsplan för LO-förbundet. (Politischer Aktionsplan für LO-Gewerkschaften.) 2007.
- Schüllerqvist, Bengt (1992): Från kosackval till kohandel. SAPs väg till makten. Tiden.
- Stråth, Bo (1998): Mellan två fonder. LO och den svenska modellen. Atlas. (Zwischen zwei Fonds. LO und das schwedische Modell.)
- TCO 60 Jahre 1944-2004.
- Thore, Ståffan: "Till försvar eller aveckling. En studie av socialdemokraternas och LOs argumentering i kollektivanslutningsfrågan mellan åren 1986 – 1990." (Zur Verteidigung oder Abwicklung. Eine Studie der Argumentation von Sozialdemokraten und LO in der Kollektivanschlussfrage in den Jahren 1986 – 1990.) Aufsatz Universität Linköping.



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-89892-991-2

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
z. Hd. Ursula Müller
D-53170 Bonn

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (228) 883-9219

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.